



## SITZUNGSVORLAGE

|               |                                   |
|---------------|-----------------------------------|
| <b>Thema:</b> | <b>Resolution zu Stuttgart 21</b> |
|---------------|-----------------------------------|

|                     |       |
|---------------------|-------|
| frühere Beratungen: | keine |
|---------------------|-------|

|          |            |
|----------|------------|
| Anlagen: | Resolution |
|----------|------------|

|               |                      |                  |         |
|---------------|----------------------|------------------|---------|
| Sachvortrag : | Herrn Landrat Wölfle | Zeitdauer (ca.): | 10 Min. |
|---------------|----------------------|------------------|---------|

|                            |  |
|----------------------------|--|
| <b>Beschlussvorschlag:</b> | <b>Der Kreistag stimmt der Resolution zum Bahnprojekt Stuttgart 21 zu.</b> |
|----------------------------|--|

| Gremium  | Zuständigkeit | Sitzung am | Öffentlichkeitsstatus |
|----------|---------------|------------|-----------------------|
| Kreistag | Beschluss     | 16.11.2011 | öffentlich            |

|   |  |  |             |
|---|--|--|-------------|
| <b>Finanzielle Auswirkungen:</b>  | <input type="checkbox"/> ja                    | <input checked="" type="checkbox"/> nein |             |
| <b>Kosten:</b>  | <input type="checkbox"/> einmalige Kosten      | Betrag:                                  | Euro        |
|   | <input type="checkbox"/> jährliche Folgekosten | Betrag:                                  | Euro        |
|   | <input type="checkbox"/>                       |  |             |
| <b>Einnahmen:</b>   | <input type="checkbox"/> einmalige Einnahme(n) | Betrag:                                  | Euro        |
|   | <input type="checkbox"/> laufende (jährlich)   | Betrag:                                  | Euro        |
|   | <input type="checkbox"/>                       |  |             |
| <b>Mittelbereitstellung im Haushalt:</b>  | <input type="checkbox"/> VWH                   | <input type="checkbox"/> VMH             |             |
|   | HHSt.:   |  |             |
|   | Bez. HHSt.:                                    |  |             |
| Zur Verfügung stehende Mittel (Planansatz und Haushaltsausgabenrest lfd. Jahr): |  |  | Euro        |
| <b>ggf. noch bereit zu stellen:</b>   |  |  | <b>Euro</b> |
| <b>Deckungsvorschlag:</b>   | <input type="checkbox"/> VWH                   | <input type="checkbox"/> VMH             |             |
|   | <input type="checkbox"/>                       |  |             |
|   | HHSt.:   |  |             |
|   | Bez. HHSt.:                                    |  |             |

|   |                                     |                                    |                                 |                                |
|---|-------------------------------------|------------------------------------|---------------------------------|--------------------------------|
| <b>Medien:</b>  | <input type="checkbox"/> PowerPoint | <input type="checkbox"/> pdf-Datei | <input type="checkbox"/> CD/DVD | <input type="checkbox"/> Stick |
| Sofern Präsentationen erforderlich werden, teilen Sie dies der Geschäftsstelle Kreistag bitte spätestens einen Arbeitstag vor der jeweiligen Sitzung mit. |                                     |                                    |                                 |                                |

|   |                                     |                                     |
|---|-------------------------------------|-------------------------------------|
| <b>Elektronisch mitgezeichnet von:</b>      |                                     |                                     |
| <input checked="" type="checkbox"/> Landrat | <input type="checkbox"/> Dezernat 1 | <input type="checkbox"/> Dezernat 2 |
| <input type="checkbox"/> Dezernat 3         | <input type="checkbox"/> Dezernat 4 | <input type="checkbox"/>            |

## 1. Ausgangslage:

Am 27. November entscheidet die Bevölkerung Baden-Württembergs darüber, ob das Bahnprojekt Stuttgart 21 mit den Teilbereichen Neubau des Hauptbahnhofes in Stuttgart und Neubau der Schnellbaustrecke zwischen Wendlingen und Ulm verwirklicht werden kann. Die Kreisverwaltung schlägt vor, dass der Kreistag eine positive Stellungnahme zu dem Projekt abgibt.

## 2. Sachverhalt:

1. Zulässigkeit der Befassung mit dem Thema Stuttgart 21  
Den Hinweisen der kommunalen Landesverbände für Kommunen sowie kommunale Organe und Amtsträger zur Volksabstimmung am 27. November in Baden-Württemberg, die mit dem Innenministerium Baden-Württemberg abgestimmt sind, ist zu entnehmen, dass die Gremien der kommunalen Selbstverwaltung das Recht haben sich zu Vorhaben zu äußern, die zwar außerhalb des örtlichen Zuständigkeitsbereiches der kommunalen Selbstverwaltungseinrichtung liegen, allerdings Auswirkungen auf den örtlichen Zuständigkeitsbereich haben. Da das Projekt Stuttgart 21 zu erheblichen Verbesserungen der Zuganbindungen des Bodenseekreises an das nationale und internationale Schienennetz führt, sind diese Auswirkungen auf den örtlichen Zuständigkeitsbereich des Kreistages des Bodenseekreises gegeben.
2. Die Verwirklichung des Projekts Stuttgart 21 mit seinen beiden Teilbereichen Durchgangsbahnhof Stuttgart und Neubaustrecke Wendlingen-Ulm führt zu einer erheblichen Verbesserung der Zugverbindung aus dem Bodenseekreis in Richtung Stuttgart, Karlsruhe, Heilbronn, Würzburg und darüber hinaus.

Das Angebotskonzept Schienenpersonennahverkehr (SPNV) 2020 des Landes Baden-Württemberg sieht für den Bodenseekreis eine zweistündliche durchgehende Verbindung von Friedrichshafen nach Würzburg über Ulm-Stuttgart/Flughafen-Stuttgart/Hauptbahnhof-Heilbronn vor. Darüber hinaus ist vorgesehen eine stündliche Verbindung von Friedrichshafen nach Karlsruhe über Ulm-Stuttgart Hauptbahnhof.

Die Fahrzeiten von Friedrichshafen nach Würzburg betragen derzeit im Nahverkehr/Fernverkehr 4:39 Stunden, im ausschließlichen Nahverkehr 5:50 Stunden. Sie werden künftig bei Verwirklichung des Projektes 3:53 Stunden betragen, sodass nicht nur die umständlichen Umsteigevorgänge entfallen, sondern die Verbindung auch um 117 Minuten schneller wird.

Die Fahrzeiten von Friedrichshafen zum Flughafen nach Stuttgart betragen derzeit im Nahverkehr/Fernverkehr/S-Bahn 3:02 Stunden bzw. 3:10 Stunden. Sie werden künftig im Direktverkehr 1:31 Stunden betragen und sind damit um 99 Minuten schneller.

Mit diesen erheblichen Verbesserungen wird die Bahn eine echte Alternative zur Straße. Dies bedeutet, dass damit gerechnet werden kann, dass es mehr Umsteiger von der Straße auf die Schiene gibt, als es bisher der Fall war. Dies würde nicht nur zu einer verbesserten Anbindung der Bevölkerung des Bodenseekreises in die nördlichen Landesteile führen, sondern insbesondere auch das ohnehin überlastete Straßennetz entlasten.

Mit der Volksabstimmung muss die Verlässlichkeit von Verwaltung und Rechtsprechung in Baden-Württemberg wieder hergestellt werden. Die Bahn hat eine rechtskräftige Baugenehmigung für das Projekt. Dieser Baugenehmigung sind jahre-

lange öffentliche Diskussionen und Informationen vorweggegangen. Im Hauptbahnhof in Stuttgart gibt es seit 14 Jahren eine Ausstellung, die detailliert über das gesamte Projekt informiert. Die Planfeststellungsverfahren sind mit öffentlichen Anhörungen durchgeführt worden. Die Gremien, die sich mit dem Projekt beschäftigt haben, haben öffentlich getagt. Das Verfahren ist, wie dargestellt, mit einer rechtskräftigen Baugenehmigung abgeschlossen worden. Deshalb muss klargestellt werden, dass nach Durchführung eines solchen Verfahrens auf rechtskräftige Bescheide in einem Rechtsstaat auch Verlass ist.

3. Ein Ausstieg aus dem Projekt würde den Steuerzahler erhebliches Geld kosten. Die vorläufigen Berechnungen möglicher Schadensersatzansprüche belaufen sich auf 1,5 Milliarden Euro. Dieses Geld stünde – auch im Bodenseekreis – nicht mehr für andere Projekte zur Verfügung.
4. In Zusammenhang mit dem Bahnprojekt ist auch weiter die Elektrifizierung der Südbahn zu fordern. Nach verlässlichen Informationen wird diese Maßnahme im Investitionsrahmenplan des Bundes für die kommende Bewilligungsperiode stehen. Naturgemäß wird der Investitionsrahmenplan erst in den zuständigen Gremien besprochen, bevor er veröffentlicht ist. Deshalb kann das Bundesverkehrsministerium zum heutigen Zeitpunkt keine definitive Zusage geben. Alle Gespräche haben aber das Ergebnis gehabt, dass die Südbahn elektrifiziert wird.

Die Finanzierung der Elektrifizierung der Südbahn läuft anders als das Projekt Stuttgart 21. Beides miteinander in einen Topf zu schmeißen würde bedeuten, Äpfel mit Birnen zu vergleichen.

### **3. Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag stimmt der Resolution zum Bahnprojekt Stuttgart 21 zu.